

Hinweise zur Planung, die bei der Erschließung und Bebauung zu beachten sind:

- a) Gemäß Schreiben des Landesamtes für Straßenwesen vom 08.05.1996 wurde darauf hingewiesen, daß für den Anschluß der Erschließungsstraße an die LIO 143 und für den Bau der Linksabbiegespur vor Baubeginn prüffähige Detailpläne zur Überprüfung und Abschluß einer Vereinbarung dem Landesamt für Straßenwesen vorzulegen sind.
- b) Das Staatl. Konservatoramt hat darauf hingewiesen, daß bei Bodenfunden Anzeigepflicht gemäß § 16 (1 u. 2) Saarl. Denkmalschutzgesetz besteht.
- c) Nach Mitteilung der Telekom ist es notwendig für den rechtzeitigen Ausbau des Fernmeldenetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger, daß über Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen dem Bezirksbüro Netze in Lebach, Poststr. 20, mindestens 8 Monate vor Baubeginn, schriftlich Mitteilung zu machen ist.
- d) Das Ministerium des Innern hat empfohlen, daß Bauarbeiten mit der nötigen Vorsicht durchzuführen sind, weil vergrabene Munition durch Luftbilder nicht festgestellt werden können.
- e) Das Landesamt für Umweltschutz hat darauf hingewiesen, daß sich das neue Wohngebiet in der Schutzzone III des mit Verordnung vom 05.01.1990 festgesetzten Wasserschutzbereich „Hüttersdorf/Bettingen“ befindet.
Da das Grundwasser in dem Planungsgebiet sehr hoch ansteht und eine dauernde Ableitung des Grundwassers zur Trockenhaltung der Gebäude nicht zulässig ist, sind die Gebäude oberhalb des Grundwasserhorizontes anzusetzen bzw. als wasserdichte Wanne auszubilden. Das Lfu hat deshalb vorgeschlagen, mittels Schürfen den Grundwasserhorizont des Baugebietes zu erkunden, um dadurch die Sohlhöhe der Kanäle bzw. der einzelnen Bauwerke zu bestimmen. Die Einleitung des Niederschlagswassers in den Mühlenteich bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis nach §§ 3, 7 Wasserhaushaltsgesetz.

- f) Die Untere Wasserbehörde hat gefordert, daß um die geplanten Gebäude wirksame Drainagen anzulegen und an das Netz des geplanten Regenwasserkanals anzuschließen sind. Ferner wurde gefordert, daß im Rahmen einer hydrogeologischen Untersuchung nachgewiesen werden soll, daß durch die Bebauung des Gebietes keine schädlichen Auswirkungen auf das Grundwasser zu erwarten sind bzw. diese bei Beachtung bestimmter Sicherungsmaßnahmen bei den Erdaufschlüssen (Baugrube, Grundstücksentwässerungsleitungen) ausgeschlossen werden können. Weitere Anforderungen die sich z.B. bei der Lagerung von Heizöl auf Grund der Lage im Wasserschutzbereich ergeben, werden bei entsprechender Beteiligung der Unteren Wasserbehörde im Baugenehmigungsverfahren aufgeführt.

- g) Das Erdbaulaboratorium Saar hat mit Datum vom 14. Februar 1997 für das Planungsgebiet „Geiselwieslach“ ein Baugrundgutachten erstellt. Zum Schutz des Grundwassers wurde in Ergänzung zu den Vorschriften der Schutzgebietsverordnung folgende Vorkehrungsmaßnahmen vorgechlagen:

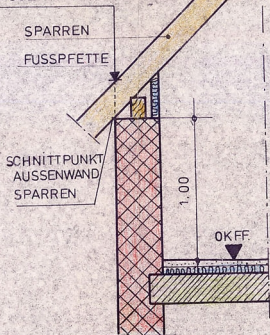
Vermeidung des dauerhaften Abtrages der Deckschichten zum tieferen Grundwasserstockwerk

Die jeweils im Liegenden der Schürfprofile aufgeschlossenen Sandsteinschichten sind in ihren oberen Lagen derart lockerbodenartig zu schwach schluffigen bis schluffigen Sanden entfestigt, daß sie als Deckschichten (zum Tiefengrundwasser) mit relativ hoher Filter- und Reinigungswirkung fungieren und zum Schutze des Grundwassers zu erhalten sind. Dies bedeutet, daß eine Unterkellerung in diese Deckschicht hinein zumindest in den tiefer gelegenen Arealen unterbleiben sollte. Innerhalb der „Hochfläche“ stehen diese Verwitterungssande erst ab Tiefen von ca. 3,90 m u. GOK an, so daß durch eine Unterkellerung der Neubauten diese Schichten nicht angetastet werden.

Einhaltung eines Mindestflurabstandes zum Auengrundwasser

Sämtliche Baugruben sollten an ihrer Sohle einen Mindestabstand von ≥ 1 m zum Auengrundwasser einhalten. Dies wird innerhalb der „Hochfläche“ relativ leicht zu realisieren sein. Im tieferen Areal mit geringeren Grundwasserflurabständen (zwischen 1,25 m und 2,35 m \pm 0,5 m Schwankungsbereich) kann dies insbesondere in der Nordostecke des Erschließungsgebietes bedeuten, daß das Gelände künstlich aufzuheben ist. Dies ist bereits bei der planerischen Konzeption des Neubaugebietes zu beachten.

TRAUFHÖHE (TH) = 6.60 m
GEMESSEN VON MITTE DER
ZUM JEWEILIGEN BAUGRUNDSTÜCK
GEHÖRENDE GRENZLINIE
ENTLANG DER ERSCHLISSUNGS-
STRASSE



DETAIL

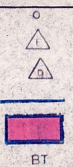





























KNIESTOCKAUSBILDUNG MIT
TRAUFHÖHENFESTSETZUNG

BEBAUUNGSPLAN		SATZUNG	
BENENNUNG DES BEBAUUNGSPLANES:		„Geiselswieslach“	
GEMEINDE: SCHMELZ	GEMEINDEBEZIRK: SCHMELZ		

Der Gemeinderat der Gemeinde Schmelz hat am _____ die Aufstellung des Bebauungsplanes „Geiselswieslach“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.	
Der Beschluss diesen Bebauungsplan aufzustellen wurde am _____ ortsüblich bekannt gemacht.	
Die frühzeitige Beteiligung der Bürger an diesem Bebauungsplan gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte am _____ bzw. in der Zeit vom _____ bis _____	
Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte auf Antrag der Gemeinde Schmelz durch den Landrat - Kreisplanungsstelle - Saarouis.	

Festsetzungen gemäß § 9 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)		
1. Art und Maß der baulichen Nutzung		
1.1 Baugebiet	Allgemeines Wohngebiet (WA); § 4 BauNVO	
1.2 Zulässige Anlagen	siehe § 4 Abs. 2 der BauNVO	
1.3 ausnahmsweise zulässige Anlagen	keine	
1.4 Zahl der Vollgeschosse	Z=II als Höchstgrenze	
1.5 Grundflächenzahl	GRZ = 0,4	
1.6 Geschöfflichenzahl	GFZ = 1,2	
1.7 Baumassenzahl	entfällt	
1.8 Grundflächen der baulichen Anlage	entfällt	
2.1 Bauweise	offene Einzel- und Doppelhäuser	
2.2 überbaubare Grundstücksflächen	s. Zeichnung	
2.3 nicht überbaubare Grundstücksflächen	s. Zeichnung	
2.4 Stellung der baulichen Anlagen	innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche	
3.1 Mindestgröße der Baugrundstücke	entfällt	
3.2 Mindestbreite der Baugrundstücke	entfällt	
3.3 Mindesttiefe der Baugrundstücke	entfällt	
3.4 Höchstmaße von Wohnbaugrundstücken aus Gründen des sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden	entfällt	
4.1 Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind	Nebenanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.	
4.2 Spiel-,Freizeit- und Erholungsflächen	entfällt	
4.3 Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten	Garagen sind innerhalb, Stellplätze können auch außerhalb der überbaubaren Grundfläche angelegt werden. Pro Wohnung sind 2 Garagen oder 2 Stellplätze zu errichten	
5.1 Flächen für den Gemeindebedarf sowie für Sport- und Spielanlagen	s. Zeichnung - Kinderspielfl.az	
6.1 Aus besonderen städtebaulichen Gründen die höchst zulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden	entfällt	
7.1 Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden können, errichtet werden dürfen	entfällt	
8.1 Einzelne Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf besfigmt sind	entfällt	
9.1 Der Besondere Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich ist	entfällt	
10.1 Die Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	s. Zeichnung - öffentliche Grünfläche sowie Fläche für die Landwirtschaft	
11.1 Die Verkehrsflächen	s. Zeichnung bzw. Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (verkehrsberuhigter Ausbau)	
12.1 Die Versorgungsflächen	entfällt	
13.1 Die Führung von Versorgungsanlagen- und -leitungen	s. Zeichnung	
14.1 Die Flächen für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen	entfällt	
15.1 Die öffentlichen und privaten Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel- und Badielplätze, Freizeitanlagen	entfällt	
16.1 Die Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserversorgung und die Flächen für die Wasserversorgung und die Flächen für die Wasserversorgung	entfällt	
17.1 Die Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erzen und anderen Bodenschätzen	entfällt	
18.1 a) Flächen für die Landwirtschaft b) Wald	s. Zeichnung (Wiese) entfällt	
19.1 Die Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung wie: Ausstellung und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dgl.	entfällt	
20.1 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sowie solche Festsetzungen, nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können sowie die Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	innerhalb der nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzten Fläche wird ein offener Entwässerungsgraben für die Ableitung des Niederschlagswassers zum Vorfluter Mühlen- teich in naturnahem Ausbau angelegt.	
21.1 Die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastenden Flächen	s. Zeichnung - Leitungsfür Abwasser- und Regen- wasserkanal	
22.1 Die Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte Bereiche wie Kinderspielflächen, Freizeitanlagen und Stellplätze	s. Zeichnung - Kinderspielfl.az	
23.1 Gebiete in denen aus besonderen städtebaulichen Gründen oder zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes- immissionsschutzgesetzes bestimmte Luftverun- reinigende Stoffe nicht oder nur beschränkt verwendet werden dürfen	entfällt	
24.1 Die von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes- immissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen	An den Gebäuden entlang der Er- schließungsstraße „A“ - Baustellen Nr. 31-39 bzw. Nr. 1 ist ein passiver Lärmschutz anzuordnen. Ferner sollen die qualitativ geringer einzustufenden Räume wie Bäder, Flure, WC, Küchen usw. zur Verkehrsquelle - LIO 143 hin angeordnet werden.	
25.1 Für einzelne Flächen- oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon sowie für Teile baulicher Anlagen mit Ausnahme der für landwirtschaftlichen Nutzungen oder Wald festgesetzten Flächen: a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen b) Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern	a) Die im Planungsgebiet umgrenzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (öffentliche Grünflächen) sind gemäß Pflanzliste (Empfehlung) in Form eines gemischten Gehölzstreifens anzupflanzen; zu pflegen und zu unterhalten wobei der Baumanteil zwischen 10% bis 20% liegen soll. Auf den privaten Baugrundstücken ist je 200 m² Grundstücksfläche ein hoch- stämmiger Laubbaum in dreimal verplanzter Qualität oder ein Hochstamm Obstbaum und je 50 m² Grundstücksfläche ein mittelhoher Strauch gemäß Pflanzliste (Empfehlung) anzupflanzen b) vorhandene Grünstrukturen, die die Bebauung nicht behindern sind zu erhalten.	
26.1 Die Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind	entfällt	
27.1 Höhenlage der baulichen Anlage (Maß von OK Straßenkante, Mitte Haus bis OK Erdgeschoß Fußboden)	nach örtlicher separater Höhenangewiesung	

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB)	
1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind	entfällt
2. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	entfällt
3. Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind	entfällt
Nachrichtliche Übernahmen von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986 (Bundesgesetzblatt I. S. 2191)	
entfällt	
Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gemäß § 9 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB)	
[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]	

PLANZEICHENVERORDNUNG GEMÄß DER PLANZEICHENBEREORDNUNG 1990 (PLANZV90) VOM 18. DEZEMBER 1990 (BGBl. 1991 I S. 5 f.)		
1. Art der baulichen Nutzung § 5 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 der BauNVO	WA	Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)	GRZ = 0,4 GFZ = 1,2 Z=II Hf = 6,00 m	Grundflächenzahl Geschöflichenzahl Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze Trauthöhe der Hauptgebäude Als Trauthöhe wird der Schnittpunkt der Außenhaut des aufgehenden Außenmauerwerks mit der Dachhaut bezeichnet. Die Trauthöhe ist jeweils zu messen von der Mitte der zum jeweiligen Baugrundstück gehörenden Grenzlinie entlang der Erschließungsstraße
3. Bauweise, Baulinie, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)		offene Bauweise Einzelhäuser Doppelhäuser Baugrenze überbaubare Grundstücksfläche Bautiefe
4. Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeindebedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB)		entfällt
5. Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB)		öffentliche Verkehrsfläche LIO 143
6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)	  	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (verkehrsberuhigter Bereich) Fußgängerbereich Straßenbegrenzungslinie
7. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)		entfällt
8. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)	     	bestehender Abwasserkanal DN 1000 (Nebensammler) gepl. Abwasserkanal gepl. Regenwasserkanal gepl. Wasserleitung gepl. Gasleitung gepl. Erdkabel der VSE
9. Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)	 	öffentliche Grünflächen Kinderspielfl.az
10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6 BauGB)	 	bestehender Vorfluter (Mühlenteich) gepl. Einlaufbauwerk (Regenwasserkanal)
11. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (§ 5 Abs. 2 Nr. 8 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 17 und Abs. 6 BauGB)		entfällt
12. Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB)		Fläche für die Landwirtschaft (Wiese)
13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 u. Abs. 6 BauGB)	    	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur Landschaft, siehe textliche Festsetzung in der Planzeichnung Anpflanzen von Bäumen Anpflanzen von Sträuchern Erhaltung von Bäumen Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
14. Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz (§ 5 Abs. 5 u. 4, § 9 Abs. 6, § 172 Abs. 1 BauGB)		entfällt
15. Sonstige Planzeichen	        	Mit Leitungsrecht zu belastende Flächen a) Leitungsrecht für Abwasserkanal zugunsten der Gemeinde Schmelz a) Leitungsrecht für Regenwasserkanal zugunsten der Gemeinde Schmelz LEITUNGSRECHT FÜR GAS, GASLEITUNG ZUGUNSTEN SÜDWEST GAS Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes Wegen des Verkehrslärms der LIO 143 ist ein passiver Lärmschutz an den Gebäuden Baustellen Nr. 1 bzw. 31 bis 39 anzubringen bestehende 0,4 kV- Ortsnetzleitung bestehende Gasversorgungsleitung bestehende bauliche Anlagen bestehende Grundstücksgrenzen gepl. Grundstücksgrenzen

Aufnahme von Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 Abs. 4 BauGB sowie in Verbindung mit § 83 Abs. 4 der LBO		
1. Dachform:	zulässig sind Sattel- und Walmdächer	
2. Dachneigung:	zulässig 20° bis 40°	
3. Knestock:	zulässig bis max. 1 m, gemessen von OK fertigen Fußboden bis Schnittpunkt Außenwand/OK Sparten	
4. Dachendeckung:	Ton- und Zementziegel sowie Schiefer	
5. Gestaltung der Grundstücks- einfriedigungen	a) entlang der Straßenbegrenzungslinie zwischen Straßenbegrenzungslinie sowie senklich bis zur Flucht der Hauptgebäude sind nur lebende Einfriedigungen als geschnittene Heckpflanzungen bis 0,80 m zulässig b) an den übrigen Grundstücksgrenzen: Die Einfriedigung der übrigen Grundstücksgrenzen hat mit freiwachsenden oder geschnittenen Hecken, mit integriertem Maschendrahtzaun (rote Einfriedigung) bis 1,50 m Höhe zu erfolgen	
6. Grünordnerische Gestaltung der Baugrundstücke:	Nicht überbaubare Grundstücksflächen, wie Vor- und Hausgarten sind mit Ausnahme von Stellplätzen entsprechend § 11 LBO als Grünflächen zu gestalten. Je 200 m² Grundstücksfläche ist ein hochstämmiger Laubbaum in dreimal verplanzter Qualität oder ein Hochstamm Obstbaum und je 50 m² Grundstücksfläche ein mittelhoher Strauch gemäß Pflanzliste anzupflanzen. Sofern möglich, ist ein Laubbaum im Vorgartenbereich anzupflanzen.	

Die Sichtfelder sind von jeder sichtbehindernden Nutzung und Bepflanzung freizuhalten. Sträucher, Hecken und Einfriedigungen dürfen eine Höhe von 0,80 m über Fahrbahn nicht überschreiten.

Pflanzliste (Empfehlungen)

Liste geeigneter Baum- und Straucharten für das Gebiet der Gemeinde Schmelz

Liste geeigneter Obstbäume

Deutscher Name	Botanischer Name	Apfelsorten
Feldahorn	Acer campestre	Prinz Albert
Spitzahorn	Acer platanoides	Hauknapfel
Rot/Schwarzerle	Alnus glutinosa	James Grieve
Felsenbirne	Amelanchier ovalis	Winter Rambour
Hängebirke	Betula pendula	Rhein. Bohnapfel
Roter Hartriegel	Cornus sanguinea	Erbachhofer
Zweiggrüfliger	Crataegus	Engelsberger
Weißdorn	Laevigata	Jakob Fischer
Besenginster	Cytisus scoparius	Roter Boskoop
Faulbaum	Frangula alnus	Schöner v. Boskoop
Efeu	Hedera helix	Gloster
Wald-Heckenkirsche	Lonicera periclymenum	Goldparmäne
Wildapfel	Malus sylvestris	Querina
Espe/Zitterpappel	Populus tremula	Alkmene
Traubenkirsche	Prunus padus	Luxemb. Renette
Wildbirne	Pyrus pyrausta	Jakob Lebel
Traubeneiche	Quercus petraea	Kaiser Wilhelm
Stieleiche	Quercus robur	Ontario
Rote Johannisbeere	Ribes rubrum	Hilde
Ackerrose	Rosa arvensis	
Heckenrose	Rosa corymbifera	Birnensorten
Kratzbeere	Rubus caesius	Pastorenbirne
Himbeere	Rubus idaeus	Gute Graue
Silber Weide	Salix alba	Grafen von Paris
Ohrweide	Salix aurita	Osterr. Mostbirne
Grau Weide	Salix cinerea	Clappe Liebling
Bruch Weide	Salix fragilis	Conferenze
Fahlweide	Salix rubens	
Mandelweide	Salix triandra	Kirschsorten
Korbweide	Salix viminalis	Büttner
Wald-Holunder	Sambucus racemosa	Knorpelkirsche
Bitters. Nachtschatten	Solanum dulcamara	Hedelfinger
Mehlbeere	Sorbus aria	Riesenkirsche
Eberesche	Sorbus aucuparia	Schneiders Späte
Bergulme	Ulmus glabra	Frühe Ludwig
		Zwetschgen, Mirabellen, Mispeln
		Hauszwetschge
		Mirabelle Nancy
		Mispel

Darüber hinaus kann ferner das übrige Spektrum von einheimischen Gehölzarten verwendet werden.

Dieser Bebauungsplan-Entwurf hat mit der Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats in der Zeit vom **18.11.96** bis einschließlich **18.12.96** zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.
Ort und Dauer der Auslegung wurden am **8.11.96** mit dem Hinweis ortsbüchlich bekannt gemacht, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.



Schmelz, den **19.12.96**
[Signature]
(Bürgermeister)

Der Gemeinderat Schmelz hat am **28.2.97** die Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB

BESCHLOSSEN



Schmelz, den **28.2.97**
[Signature]
(Bürgermeister)

Dieser Plan wurde mit Schreiben der Gemeinde

Schmelz
vom **24.3.97** Nr. **B.1-Kg./Pl.**

dem Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr gem. § 11 Abs. 1, 2. Halbsatz BauGB

ANGEZEIGT

Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht (§ 11 Abs. 3 Satz 1 BauGB)

Saarbrücken, den **26.04.1997**
H2: C/1-5450/97-Pr./Zö

Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr

i.A. *[Signature]*
Techn. Ang.
SAARLAND
Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr
Postfach 10 24 61
66024 Saarbrücken

Das Anzeigeverfahren ist gem. § 12 BauGB am

6.6.97 ortsbüchlich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes mit der Begründung

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in

KRAFT



Schmelz, den **6.6.97**
[Signature]
(Bürgermeister)

DER LANDRAT DES LANDKREISES SAARLOUIS UMWELTAMT KREISPLANUNGSSTELLE

Gemeinde: **SCHMELZ** Gemeindebezirk: **AUSSEN**
Baugebiet: **„Geiselswieslach“**

Maßstab:	Datum:	Name:	Flur:
Gezeichnet:	Feb. 96	JUNGMANN	Saarlouis, den 15.2.96 <i>[Signature]</i> HEWER
Bearbeitet:	Feb. 96	JUNGMANN	
Geprüft:			
Änderungen:			